

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

27. August 2013

Geplante Öffentliche Unterbringung im Jugendpark Langenhorn GRÜNE: Mehr Toleranz, mehr Rechte für Flüchtlinge!

Seit kurzem ist öffentlich bekannt, dass der Jugendpark Langenhorn zum Jahresende den Betrieb als Jugendherberge einstellt und stattdessen als Unterkunft für rund 200 Flüchtlinge und obdachlose Familien genutzt werden wird.

Carmen Wilckens, Sprecherin der GRÜNEN Fraktion Nord im zuständigen Regionalausschuss dazu: "Ich wünsche mir von den Langenhornern, dass sie diesen in Not geratenen Menschen offen und tolerant gegenüber stehen."

Katharina Fegebank, Langenhorner Wahlkreisabgeordnete und sozialpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion, ergänzt: "Weil die Zahl von Asylsuchenden ansteigt, brauchen wir auch in Hamburg dringend neue Plätze für Flüchtlinge. Es ist nachvollziehbar, dass Anwohnerinnen und Anwohner viele Fragen haben, wenn in ihrem Quartier eine neue Flüchtlings- oder Obdachlosen-Unterkunft entstehen soll. Diese Fragen müssen Politik und Verwaltung ernst nehmen. Das setzt voraus, dass sie die Menschen in der Nachbarschaft früh und umfassend über die Pläne informieren. Ebenso aber muss klar sein, dass Beteiligung und Bedenken nicht für die Verhinderung einer Unterkunft genutzt werden dürfen."

Hamburg hat, wie ganz Deutschland, mit zunehmenden Flüchtlingsströmen zu kämpfen. Zugleich nimmt die Zahl von Familien, die in die Obdachlosigkeit geraten, stetig zu. Angesichts des fehlenden Wohnraums und aufgrund der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren nicht benötigte Plätze in der öffentlichen Unterbringung abgebaut wurden, wird nun derzeit jede Unterbringungsmöglichkeit geprüft. Denn alle noch existierenden Einrichtungen sind voll belegt – in allen Hamburger Bezirken.

Christiane Rehländer, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion Nord: "Es ist ein Versäumnis, kein Konzept vorzuhalten, wie man bei einem wieder ansteigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten Abhilfe schaffen kann. Nun sind pragmatische Lösungen gefragt. Natürlich wünschen wir uns, dass weniger Sammelunterkünfte und mehr Wohnungen für die Öffentliche Unterbringung genutzt werden. Krzfristig ist dies schwierig, langfristig aber fordern wir die Unterbringung in kleineren Einheiten.

Perspektivisch muss vor allem auch Flüchtlingen ermöglicht werden, zu arbeiten. Denn das hätte gleich mehrere positive Effekte: den Abbau von Vorurteilen, bessere Integrationschancen und die Steigerung des Selbstwertgefühls der Flüchtlinge, die wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen könnten."

<u>Anlagen</u>

- Foto der Bezirksabgeordneten Carmen Wilckens (GRÜNE Fraktion Nord) online: gruene-nord.de/userspace/HH/galnord/Bilder/Fraktion/presse/fotos/ CarmenWilckens_GAL.JPG
- Foto der Bezirksabgeordneten Christiane Rehländer (GRÜNE Fraktion Nord) online: gruene-nord.de/userspace/HH/galnord/Bilder/Fraktion/Abgeordnete/
 11Bilder/Rehlaender_Christiane_GrueneFraktionNord.jpg
- Foto der Bürgerschaftsabgeordneten Katharina Fegebank (GRÜNE Bürgerschaftsfraktion) online:

gruene-nord.de/userspace/HH/galnord/Bilder/Fraktion/presse/fotos/Fegebank_300dpi_1200px.jpg